

Bürgerkriege voraussehbar

21.06.2018, Fassadenkratzer | [Originalartikel](#)

*„Wir können nicht mehr Ausländer verdauen,
das gibt Mord und Totschlag.“
Helmut Schmidt (SPD) 1981*

Die gezielte Massenmigration nach Europa durch UNO, EU und das Merkel-Regime¹, die seit 2015 den bereits vorhandenen Anteil kulturfremder und zum grossen Teil muslimischer Menschen gewaltig erhöht hat und laufend weiter erhöht, führt unvermeidlich zu jetzt bereits beobachtbaren gesellschaftlichen Folgen, die die betroffenen Länder in den Zerfall und die Chaotisierung treiben müssen.² Es ist darüber hinaus absehbar, dass in der übergangenen einheimischen Bevölkerung gegen die grösstenteils nicht integrierbaren, auch integrierunwilligen und teilweise immer aggressiver werdenden Ausländer, gegen die daraus folgende steigende Kriminalität und die wachsende Verarmung der eigenen Unterschichten zunehmend Aversionen und Aggressionen entstehen, die sich in tätlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen entladen werden.

Auseinandersetzungen der Einheimischen

In der Frage der unbegrenzten und unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten sind die Deutschen selbst tief gespalten. Noch hält eine Mehrheit unter dem Einfluss des Berliner Parteienkartells und der indoktrinierenden Mainstream-Medien die Aufnahme aus „humanitären Gründen“ für richtig. Ihnen steht eine wachsende Zahl von Kritikern gegenüber, die die globale Planung zur Zerstörung der Nationalstaaten und Auflösung der Völker durch kulturfremde und überwiegend muslimische Immigranten durchschauen, in deren Dienst die eigene Regierung und die meisten „Volksvertreter“ offensichtlich tätig sind. Doch es findet über diese lebensentscheidende Frage keine sachliche Auseinandersetzung statt. Die Kritiker werden medial in aller Breite als Ausländerfeinde, Rassisten, Nationalisten oder Faschisten diffamiert, von den Schlägertrupps der staatlich subventionierten „Antifaschisten“ tätlich angegriffen und an Demonstrationen und Versammlungen gehindert, was – seit Jahren von der Polizei nur mühsam im Zaum gehalten – bereits Bürgerkriegscharakter trägt.

In dieser aggressiven Atmosphäre wird es sicher weiter zu wechselseitigen Radikalisierungen kommen. Auf der einen Seite werden sich die Zuwanderungskritiker immer mehr mit wachsenden Demonstrationen Luft verschaffen und in Teilen zu wirklicher Ausländerfeindlichkeit steigern, was auf der anderen Seite die Befürworter zu einem noch heftigeren Kampf gegen

„rechts“, „Intoleranz“, „Nationalismus“ und dergleichen anstachelt. So entsteht zunehmend ein allgemeines Klima des Hasses und des Kampfes der beiden Bevölkerungsgruppen gegeneinander. Dabei wird aufgrund der eskalierenden Probleme die Gruppe der Zuwanderungs-Kritiker ständig zunehmen und ihre Gegner in die Minderheit drängen,

„die aber“, so der Hamburger Philosoph Lars Grünewald, „mit Hilfe der von den Eliten gesteuerten Medien sich weiterhin als ‘Mainstream’ und als ‘Political Correctness’ geltend machen und versuchen wird, die Mehrheit der Bevölkerung ideologisch zu diffamieren und ihr eine im Grunde menschenfeindliche Gesinnung zu unterstellen.

Was die Gegner der Zuwanderungs-Kritiker, die sich solcher Praktiken bedienen, dabei tun, ist, systematisch wesentliche Bestandteile des Grundgesetzes auszuhebeln, nämlich den Artikel 4, der eine absolute Überzeugungsfreiheit jedes Menschen gestattet, den Artikel 5, der in weitestem Umfang die Äusserungsfreiheit jedes einzelnen Menschen garantiert, ferner den Artikel 8, der eine Versammlungsfreiheit gewährleistet für die unterschiedlichsten Bestrebungen, und den Artikel 9 der Vereinigungsfreiheit, der Freiheit, seine Interessen auch gegen andere Interessen durch Zusammenschluss von Menschen zu vertreten.“³

Sie werfen den Kritikern Intoleranz gegen Migranten vor, üben jedoch selbst gewaltsame Intoleranz aus und zerstören fundamentale Grundrechte der Demokratie, in die die Migranten angeblich doch integriert werden sollen. So zeigen sie diesen, dass ihre enthusiastischen Begrüsser mit den freiheitlichen Grundwerten selbst nichts am Hut haben und geben ihnen ein Vorbild, wie man sich in Deutschland durchsetzen kann. Und die geduldeten Antifa-Horden demonstrieren ihnen ständig mit Respektlosigkeit, Hass und tätlichen Angriffen nicht nur gegen friedliche Demonstranten, sondern auch gegen die Polizei des Staates praktische Anleitung zum Bürgerkrieg.

Gesamtgesellschaftlich beschreiten sie den Weg zu einer weiteren Variante des Totalitarismus, „ in dem andere Meinungsbekundungen und Aktivitäten als diejenigen, die im Mainstream liegen und der Richtung der Political Correctness, nicht mehr zugelassen und gesamtgesellschaftlich geächtet werden. Das wäre das Entstehen eines neuen Totalitarismus, eines Faschismus der „Gutmenschen“ gewissermassen. Auf der anderen Seite steht dem aber gegenüber ein Bevölkerungsanteil von zunehmender Grösse, der solche Art der Behandlung schlicht nicht hinnehmen wird. Und damit laufen wir auf Verhältnisse eines inneren gesellschaftlichen Krieges zu.“⁴

Dieser gesellschaftliche Krieg wird in einer unheilvollen Mischung aus Kämpfen von Deutschen gegen Deutsche, Migranten gegen Deutsche und Migranten gegen Migranten bestehen. Letzteres ist bereits in den Zusammenstös-

sen zwischen Türken und Kurden und in tätlichen Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen sichtbar geworden.

Kein wirklicher Integrationsprozess

Das zentrale Problem besteht in einem fehlenden Integrationsprozess für die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft und Kultur derart, dass allmählich eine Identifizierung damit stattfindet. Das ist schon durch die grossen Massen völlig Kulturfremder, die in kurzer Zeit und ständig weiter ins Land gelassen werden, nicht möglich. Aber dass dies so geschieht, ist eben Ausdruck des Willens der die Deutschen beherrschenden Kreise, dass eine wirkliche Integration, die den Namen verdient, gar nicht stattfinden soll.

Der deutsche Politikwissenschaftler und Nahostexperte syrischer Herkunft Bassam Tibi, 36 Jahre lang Professor an der Uni Göttingen, kritisierte scharf den deutschen Integrationsbegriff:

„Ich habe als Berater mit Verwaltungsleuten über Integration geredet und war erstaunt. Mit Integration meinen sie: Registrierung, Alimentierung, häusliche Unterbringung, bestenfalls Sprachkurse. Integration heisst aber, dass man eine Bürgeridentität annimmt. Zu einer Heimat gehört Identität. Wenn dieser Faktor ausgeschlossen wird, bleibt nichts. Da steckt aber das deutsche Problem: Es gibt kein Identitätsangebot.“⁵

Dies ist der Ausgangspunkt für die entstandenen und weiter entstehenden Parallelgesellschaften. Die Ausländer bleiben weitgehend unter sich, im Dunstkreis ihrer eigenen kulturellen, vielfach mittelalterlichen Lebensformen und Gewohnheiten. Insbesondere der Islam, dem die meisten Migranten angehören, hält sie von vorneherein zur Abschliessung und zu einer gegnerischen Haltung gegen Christentum und freiheitlich-demokratische Lebensformen an. Daher leben auch, wie Bassam Tibi aus seiner Beobachtung feststellt, 90% der Muslime in Deutschland praktisch in Parallelgesellschaften. „Die meisten möchten auch gar nicht dazugehören.“ Die anderen 10% der Muslime sind beruflich und gesellschaftlich deshalb eingegliedert, weil sie dem Islam zwar von Geburt noch angehören, sich aber innerlich davon emanzipiert haben oder überhaupt areligiös geworden sind.

Scharfe Kritik übt Tibi an der Deutschen Islam-Konferenz, die er als eine „Veranstaltung der Unehrllichkeit“ bezeichnete. Sie sei „deutsche Unterwerfung“. Der Staat kapitulierte vor dem Islam. Die Deutschen führten einen Dialog mit nur vier Verbänden, die alle „aus dem Ausland finanziert werden und islamistisch und schriftgläubig sind“. Liberale Muslime seien ausgeschlossen worden. Inhaltlich gehe es nicht um eine Integration von Muslimen, um Sicherheit und Zuwanderung, sondern um die Minderheitenrechte des organisierten Islam.⁵

Aus den Parallelgesellschaften haben sich bereits und entwickeln sich weiter sogenannte „No-go-Areas“, Stadtteile mit überwiegender Migrantenbevölkerung, die, mitbedingt durch hohe Arbeitslosigkeit, zu Brutstätten von Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel und von Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit werden. Es sind quasi rechtsfreie Räume, in denen keine öffentliche Sicherheit mehr besteht, auch nicht mehr gewährleistet werden kann, in die sich die Polizei, wenn überhaupt, nur noch mit einem grossen Aufgebot hineinwagt. Aber auch schon die Aufnahme- oder Flüchtlingsheime bilden durch die Beschäftigungslosigkeit, Langeweile und Perspektivlosigkeit der überwiegend jungen, kräftigen Migranten wachsende Stätten der Unruhe, Gewalt und Kriminalität, sowohl teilweise untereinander, als auch und vor allem gegen die deutsche Bevölkerung.

CIA-Studie

Die Perspektive von Bürgerkriegen werden viele sicher noch für weit übertrieben halten. Aber es kommt darauf an, die Dinge nüchtern ins Auge zu fassen. Bereits in seinem 2009 erschienenen Buch „Vorsicht Bürgerkrieg!“⁶ stellte Udo Ulfkotte eine Fülle von belegten Fakten zusammen, die alle auf kommende Bürgerkriege zulaufen. So erwähnte er (S. 129 f.) auch unter anderen Geheimdienst-Studien eine solche des CIA, aus der CIA-Chef Michael Hayden in einer Rede in der Kansas State University einiges publik machte, worüber die Washington Post am 1.5.2008 berichtete. Der CIA-Chef wird mit den Worten zitiert, Europa werde weiterhin ein starkes Anwachsen der moslemischen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen haben, deren Integration die europäischen Staaten vor grosse Herausforderungen stellen und das Potential für Bürgerkriege und Extremisten deutlich erhöhen würden.

„In dem Bericht wird die »Unregierbarkeit« vieler europäischer Ballungszentren »etwa um das Jahr 2020 herum« prognostiziert. In Deutschland fallen darunter angeblich: Teile des Ruhrgebietes -namentlich erwähnt werden etwa Dortmund und Duisburg -, Teile der Bundeshauptstadt Berlin, das Rhein-Main-Gebiet, Teile Stuttgarts, Stadtteile von Ulm sowie Vororte Hamburgs.

Ähnliche Entwicklungen sieht die CIA für den gleichen Zeitraum in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Dänemark, Schweden und Italien. Die Studie spricht von »Bürgerkriegen«, die Teile der vorgeannten Länder »unregierbar« machen würden. Hintergrund der Studie sind Migrationsbewegungen und der mangelnde Integrationswille von Teilen der Zuwanderer, die sich rechtsfreie ethnisch weitgehend homogene Räume« erkämpfen und diese gegenüber allen Integrationsversuchen auch mit Waffengewalt verteidigen würden. Die CIA behauptet vor diesem Hinter-

grund, dass Teile Europas »implodieren« und die Europäische Union in ihrer derzeit bekannten Form wohl auseinander brechen werde.

Die CIA ordnet schwere Jugendunruhen, wie sie sich in den letzten Monaten in französischen Vorstädten, in den Niederlanden, in Dänemark, Grossbritannien und Schweden ereignet haben, als »Vorboten« dieser kommenden Bürgerkriege ein. In den kommenden Jahren werde die Kriminalität unbeschäftigter Kinder von Zuwanderern steigen, die steigenden Sozialausgaben der europäischen Staaten würden nicht reichen, um diese Bevölkerungsgruppe dauerhaft ruhig zu stellen.

Die CIA-Studie weist darauf hin, dass schon jetzt in einigen europäischen Staaten bis zu 70 Prozent der inhaftierten Straftäter (beispielsweise in Spanien wie auch in Frankreich) aus dem islamischen Kulturkreis stammen. Europa werde von einem beachtlichen Teil der Migranten als schwach und dem Untergange gewidmet gesehen. Die Gesetze, Werte und Normen würden nicht anerkannt. Damit steige das Unruhepotential für die kommenden Jahre beachtlich.“⁷

Gegenwart

Die Dinge haben sich mit der Massenflut von 2015/16 ja gewaltig weiterentwickelt, wie jeder täglich insbesondere in den alternativen Medien des Internets lesen kann. Auch die No-go-Areas, die bereits 2008 von erfahrenen Polizisten als „tickende Zeitbomben“ bezeichnet wurden⁸, sind nicht entschärft, sondern haben – um im Bilde zu bleiben – weiteren Explosionsstoff und grössere Zünder erhalten. Inzwischen kommt es schon zu Zusammenrottungen moslemischer Jugendbanden ausserhalb ihrer Viertel gegen die Polizei wie kürzlich in München, die der davon berichtende Blog „Le Penseur“ „Vorboten des Bürgerkrieges“ nennt.⁹

Auch rotten sich bereits neu angekommene Migranten in Flüchtlingsheimen gegen die Polizei zusammen, wie es in der Nacht zum 1. Mai in Ellwangen geschah, wo rund 200 Afrikaner drei Streifenwagenbesetzungen der Polizei unter massiver Gewalt dazu zwangen, einen verhafteten Togolesen wieder freizulassen, sich zurückzuziehen und den Schlüssel für die Handschellen herauszugeben.¹⁰ „Ellwangen stellt einen Wendepunkt dar: Migranten verbünden sich gegen einen Staat, der sie aufgenommen hat und grosszügig versorgt“, notierte das Internet-Magazin „Tichys Einblick“ unter der Überschrift: „Ist das erst der Anfang?“¹¹

In einer Dresdener Erstaufnahmeeinrichtung gingen am 17. Mai 2018 wegen des Essens etwa 25 Bewohner auf den Sicherheitsdienst los. Die Security-Mitarbeiter wurden mit Steinen, Bettteilen, Stühlen, Tischbeinen und Messern angegriffen. Drei Wachmänner wurden verletzt und mussten ärztlich ver-

sorgt werden. Ein Sicherheitsmann kam mit Stichverletzungen ins Krankenhaus.^{11a}

Gleichzeitig wird aus Griechenland berichtet, dass sich vor allem in Athen immer mehr Migranten zusammenrotten oder sich bereits bestehenden Banden anschliessen und sich Waffen auf dem Schwarzmarkt besorgen. Der Grund dafür sei, dass viele kaum noch Hoffnung auf eine Ausreise in ein anderes EU-Land haben und keine Chance auf ein besseres Leben in Griechenland sehen. Die Polizei sei mit der sich zuspitzenden Lage völlig überfordert.¹²

Die Kriminalität der Zugewanderten hat laufend zugenommen. Die Zahl der „Straftaten gegen das Leben“ durch die in den letzten Jahren ca. 1,6 Millionen Zugewanderten hat sich seit 2013 vervierfacht, von 113 auf 447. Die Zugewanderten, die einen Anteil von 2% an der deutschen Bevölkerung ausmachen, stellen jetzt 15% der Mörder und Totschläger, also 7,5 mal mehr als ihrem Anteil entspricht.

Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der „Straftaten gegen die „sexuelle Selbstbestimmung“ durch Zuwanderer verneunfacht, von 599 auf 5258. Allein gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Sexualverbrechen durch Zuwanderer 2017 um 54% zugenommen, von 3'404 auf 5'258. Dabei werden aber nach Expertenschätzung 90% der Sexualdelikte nicht angezeigt. Bei den erfassten Sexualtätern stellten die Zuwanderer 11,9% der Täter.¹³

Laut einer weiteren aktuellen Statistik des Bundeskriminalamts gab es 2017 knapp 40'000 deutsche Opfer von Straftaten durch vermeintlich „Schutzsuchende“ – fast sechsmal mehr als in umgekehrter Konstellation. Das heisst, durchschnittlich werden pro Tag über 100 Bürger Opfer von Verbrechen, die von Zuwanderern begangen werden.^{13a}

Polizei und Justiz sind heillos überfordert. Wegen dramatischen Personalmangels, der sich noch erheblich verstärken wird,¹⁴ stauen sich die Ermittlungsverfahren, viele werden wegen „Geringfügigkeit“ eingestellt, und die Gerichte urteilen vielfach ausserordentlich milde mit „Migrantenbonus“ – zum Vergnügen der Migranten, das sich mit Geringschätzung mischt.

Wenig beachtet wird das Gewalt- und Bürgerkriegspotenzial der über die offenen Grenzen einmarschierten islamischen Terroristen, deren genaue Zahl unbekannt ist. Der Verfassungsschutz rechnete laut Focus bereits 2016 mehr als 43'000 Menschen zur „islamistischen Szene“ in Deutschland, eine Zahl, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist – vor allem durch den starken Zulauf bei der Gruppe der Salafisten, einer besonders fundamentalistischen Strömung innerhalb des Islam, der rund 8'650 Leute zugeordnet wurden. Etwa 1'100 Menschen in Deutschland ordnete man dem „islamistisch-terroristischen“ Spektrum zu, darunter fast 500 sogenannte

Gefährder – also Menschen, denen die Polizei grundsätzlich zutraut, dass sie einen Terrorakt begehen könnten. Inzwischen wird die Zahl der Gefährder mit mehr als 720 angegeben.¹⁵

Zudem wächst aus den Schulen ein riesiges Gewaltpotential nach. Immer mehr total überforderte Lehrer beklagen „schlimmste soziale Verhältnisse“ und dass vielfach an regulären Unterricht nicht mehr zu denken sei. Insbesondere die meisten muslimischen Familien schotten sich völlig ab. Diese Eltern halten ihre Kinder nicht zum Lernen und zum Respekt vor ihren Lehrern an.¹⁶ Mobbing und Gewalt gegen deutsche Schüler¹⁷ und sogar psychische und physische Gewalt gegen Lehrer¹⁸ nehmen laufend zu.

Was auf uns zukommt, kann in Schweden bereits beobachtet werden.

„Schwedens Polizeichef hat schon mehrfach betont, dass die Polizei machtlos sei gegen die Überzahl der in Schweden lebenden gewalttätigen Moslems, und schwedische konservative Politiker haben zugegeben, dass der schwedische Staat nicht mehr Herr im eigenen Land ist. ... Der Vorort Rinkeby in Stockholm gilt zusammen mit den Bezirken Husby und Tensta und bestimmten Bereichen Malmös zu den schlimmsten No-Go-Zonen in Schweden. Dort ist inzwischen der Gebrauch von Schusswaffen und Handgranaten alltäglich. Hauptsächlich leben in allen No-Go-Zonen Migranten. Es herrschen Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Armut und Gewalt.“^{19a} „Rinkeby ist wie ein Kriegsgebiet. Wenn die Polizei dort arbeitet, tut sie das, wie die bewaffnete Armee es tun würde“, sagte die schwedische Staatsanwältin Lisa Tamm. „Ich habe mir die Frage gestellt, wie haben sie es in Kolumbien geschafft, die FARC Guerilla zu besiegen und in El Salvador, den Krieg zu beenden. Oder in allen anderen Teilen der Welt, in denen sie so grosse Probleme über viele, viele Jahre hatten. Gibt es da irgendeine Lösung. Man muss über den Tellerrand hinausschauen“.^{19a}

Was bedeuten Bürgerkriegszustände?

Die Zustände in den „No-go-Areas“ und die darüber hinaus sich ausbreitende Radikalisierung und Kriminalisierung haben zur Folge, dass weite Teile des Landes, wie es in der CIA-Studie heisst, „unregierbar“ werden. Das heisst, dass Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht mehr in der Lage sind und – auch aus Überlastungsgründen – immer weniger in der Lage sein werden, alle Straftaten zu verfolgen und zu ahnden. Es entstehen also rechtsfreie Räume, in denen kriminelle Handlungen beliebig und ungestraft möglich sind. Das bedeutet den Verlust der Rechtssicherheit für die in diesen Gebieten lebenden Menschen und praktisch den lokalen Zusammenbruch des Rechtsstaates.

Der Hamburger Philosoph Lars Grünewald malt das wahrscheinliche Szenario wie folgt aus:

„Wo aber der Rechtsstaat zusammengebrochen ist, da wird es zu wahllosen Plünderungen und Ausschreitungen kommen, und es wird sich die gesamte in den vergangenen Jahrzehnten aufgestaute und durch Armut und Perspektivlosigkeit hervorgerufene Aggression vieler der betroffenen Menschen entladen. Die davon betroffenen Bevölkerungsgruppen hatten sich ja bisher darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat solche Straftaten verhindert oder, falls sie begangen worden sind, entsprechend ahnden wird. Und der gesamte Gesellschaftsvertrag beruht ja darauf, dass der einzelne Mensch seine Rechte auf Durchsetzung seiner persönlichen Interessen und auf Ahndung des an ihm begangenen Unrechts an den Staat abtritt, indem er sich darauf verlässt, dass der Staat seine Rechte durchsetzen wird. Wenn der Staat das aber nicht mehr tut, dann fällt die Exekutive an den einzelnen Menschen zurück, er wird sich seiner Haut und seines Besitzes selber erwehren müssen, und dabei wird es zu zahlreichen Fällen von Lynchjustiz, massenhafter Sippenverfolgung und ähnlichen Auseinandersetzungen kommen. Denn die angegriffenen Menschen werden sich nicht wehrlos ausbeuten und abschlachten lassen, sondern sie werden versuchen, sich dagegen so gut und so effizient wie möglich zu wehren. Und dabei wird jedes Differenzierungsvermögen der Betroffenen innerhalb einer solchen Atmosphäre der Aggressivität, eines solchen Bürgerkrieges, verloren gehen. Dabei werden sich die bisher existierenden Fronten durchmischen und aufbrechen und als weitgehend irrelevant herausstellen. Denn es kommt dann bei solchem allgemeinen Chaos und solcher allgemeinen Aggressionsentladung nicht mehr darauf an, ob jemand Deutscher oder Ausländer, oder ob er Ausländerfeind oder Ausländerfreund ist. Der gemeinsame Gegner solcher Unruhen, die massenhaft entstehen werden, wird das deutsche Wohlstandsbürgertum und wird der Staat sein. Denn das Wohlstandsbürgertum steht für Reichtum und Staat steht für Ordnung. Und Menschen, die selber in Armut und Chaos gestürzt sind, werden eine starke Tendenz dazu haben, sich an den Exponenten dessen, was ihnen vorenthalten worden ist, zu rächen und die entsprechenden Strukturen zerstören. Wenn die bürgerkriegsartigen Zustände erst erreicht sein werden, dann wird es in gar keiner Weise mehr um ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen gehen, sondern um einen schlichten Aufstand der Armen und der unteren Schichten gegen die Reichen und Etablierten.“¹⁹

Der Staat bereitet sich vor

Natürlich macht sich der Staat Gedanken über diese Entwicklung. Udo Ulfkotte berichtete, dass die deutschen Sicherheitsbehörden genaue Listen über die potenziellen Unruhegebiete führen würden.

„Der Autor hat die komplette Liste mit allen Untergliederungen der deutschen Sicherheitsbehörden einsehen dürfen. Es sind explosive Gebiete, auch

wenn viele ... derzeit noch völlig ruhig ... erscheinen mögen. ... Im Bundeskanzleramt bezeichnet man die dicken Mappen intern als den ´Atlas der Wut`. In diesen Listen gibt es fettgedruckte Namen. Dort werden ´soziale Unruhen` und wütende Krawalle aus Sicht der Sicherheitsbehörden in absehbarer Zeit für ´wahrscheinlich` gehalten. ... Solche Listen gibt es übrigens in jedem europäischen Land.“²⁰

Doch man belässt es nicht beim Beobachten. Wie die EU-Kommission und alle EU-Staaten bereitet auch die deutsche Exekutive Polizei- und Bundeswehreinheiten auf innere Unruhen vor. So berichte focus.de: „Bundeswehr und Polizei üben erstmals gemeinsam Abwehr von Terrorangriff“²¹, was natürlich zugleich auch Vorbereitung auf grössere innere Unruhen bedeutet.

Die Bundeswehr lässt seit 2012 in Schnöggersburg, einer ehemalige Dorf- und Forststelle in der Colbitz-Letzlinger Heide, eine Übungsstadt für den Stadt- und Häuserkampf errichten (Wikipedia).

„In der Übungsstadt Schnöggersburg bereitet sich die Bundeswehr mit schwerem Geschütz nicht nur auf diverse Auslandseinsätze vor, sondern auch auf Häuserkämpfe und Strassenschlachten im Inneren. Offenbar hält man Bürgerkriegsszenarien nicht für unrealistisch“, berichtete kürzlich RT-Deutsch.“²²

Auch „die EU rüstet sich gegen innere Unruhen. Im italienischen Vicenza werden paramilitärische Einheiten für Auslandseinsätze ausgebildet. Aber seit der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist, dürfen diese Einheiten auch innerhalb der EU eingesetzt werden – und zwar bei «vom Menschen verursachten Katastrophen»,“ meldete der Schweizer Rundfunk. ... „Was eine von Menschen verursachte Katastrophe denn sei, haben dann die EU-Aussenbeauftragte Cathrine Ashton und die EU-Kommission in einem Papier von 2012 folgendermassen dargelegt:

«Jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann.» Bekanntlich haben auch Streiks Auswirkungen auf Vermögenswerte.“²³

Ist es nicht merkwürdig, dass die Regierung nicht alles tut, um die Ursachen für die Konflikte zu beseitigen, also die unkontrollierte Massenmigration zu stoppen, in den Problemzonen aufzuräumen und die Armut an der kapitalistischen Wurzel zu bekämpfen, sondern dass sie beobachtet und die Konflikte sich enzwickeln lässt, um dann mit Gewalt einzugreifen?

Wenn solche Bürgerkriegszustände ausgebrochen sind und die Polizei nicht Herr der Lage werden kann, wird der Einsatz des Militärs erfolgen, und wenn das eigene Militär der einzelnen Staaten nicht ausreicht, das der (US-geführten) Nato. Daraus wird dann vermutlich eine straffe Neuordnung hervorgehen, in der das Risiko zukünftiger Unruhen zwischen den verfeindeten Bevöl-

kerungsgruppen minimiert wird. Dem wird ein starkes Bedürfnis der gebeutelten europäischen Bevölkerung nach Ruhe und Ordnung und nach einem gewissen wirtschaftlichen Wohlstand entgegenkommen.

Totalitäre Neuordnung

Es ist zu erwarten, dass eine versteckt totalitäre Neuordnung errichtet werden wird, die neben Ruhe und Ordnung Brot und Spiele für alle garantiert, damit nicht aufgrund zu grosser Langeweile und seelischer Leere wieder neue Unruhen entstehen. Lars Grünewald erwartet:

„Nach einer Phase der Destruktivität und des allgegenwärtigen Chaos wird es weiten Teilen der Bevölkerung leicht plausibel zu machen sein, dass die Gefahr für politische und gesellschaftliche Stabilität einerseits und wirtschaftlichem Wohlstand andererseits im wesentlichen von der Äusserungsfreiheit und der Betätigungsfreiheit der Menschen ausgeht. Man wird also Sorge dafür tragen müssen, dass diese Äusserungs- und Betätigungsfreiheit so weit eingeschränkt wird, dass von ihr keine Bedrohung mehr für die gesellschaftliche Stabilität ausgeht.

Das bedeutet aber die nahezu vollständige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Menschen und damit die Abschaffung einer jeglichen, auf Individualismus gegründeten Kultur. Und das ist auch das überragende strategische Ziel der zentralen Kreise der politischen und wirtschaftlichen Steuerungs-Eliten.

In einer weitgehend monopolisierten Wirtschaft wird es dann auch zur Einführung eines Grundeinkommens kommen müssen. Denn wenn eine konkurrenzbasierter Wirtschaft nicht mehr möglich ist, dann muss es eine Zuteilungswirtschaft geben, die durch staatliche Verfügung dafür sorgt, dass die einzelnen Menschen nicht verhungern – mit Ausnahme der politischen Gegner. Denn wenn der Staat erst einmal das wirtschaftliche Instrument zur Grundversorgung der gesamten Bevölkerung in seiner Hand hat, dann wird er es gezielt einsetzen, um seinen Systemgegnern die Lebensgrundlage zu entziehen und sie ebenso gezielt verhungern zu lassen. Und auch eine solche Sanktionierung wird bei weiten Teilen der Bevölkerung auf grosse Zustimmung stossen.“²⁴

Der erste Schritt, diese voraussehbare Entwicklung zu stoppen und möglichst rückgängig zu machen, kann nur darin bestehen, genügend Bürger davon zu überzeugen, dass die systemtragenden Altparteien im Bundestag keine regierungsfähige Mehrheit mehr erhalten, und nach Möglichkeit bereits vor der nächsten Wahl den Bruch der jetzigen Regierungskoalition und Neuwahlen herbeizuführen.

1 Vgl. UNO, EU und US-Kreise; Gelenktes Fliehen

- 2 *Vgl. Der absehbare Zerfall der Gesellschaft*
- 3 <https://www.youtube.com/watch?v=HKjM2Tclng> ab min. 3.39
- 4 wie Anm. 2 ab min. 4.58
- 5 *nzz.ch* 5.4.2018
- 6 *Udo Ulfkotte: Vorsicht Bürgerkrieg!*, 10. Aufl. Rottenburg 2017
- 7 *Vgl. anonymousnews.ru* 21.5.2017
- 8 Anm. 6, S. 134
- 9 *Siehe lepenseur-lepenseur.blogspot.de*
- 10 *Siehe google.de*
- 11 *tichyseinblick.de* 3.5.2018; 11a *radiodresden.de* 18.5.2018
- 12 *politikstube.com* 13.5.2018
- 13 *journalistenwatch.com* 11.5.2018 ; 13a *wochenblick.at*. 6.6.2018
- 14 *welt.de* 2.8.2017; *Journalistenwatch.com* 17.5.18
- 15 *focus.de* 18.8.2016 und *augsburger-allgemeine.de* 18.12.2017
- 16 *cicero.de* 8.3.2018
- 17 *michael-mannheimer.net* 15.8.2017
- 18 *focus.de* 2.5.2018
- 19 *youtube.com* 7.9.2017 ab min. 8.44; 19a *michael-mannheimer.net* 8.12.2017
- 20 Anm. 6, S. 58
- 21 *focus.de* 6.3.2017
- 22 *deutsch.rt.com* 4.5.18
- 23 *srf.ch* 14.7.2014
- 24 wie Anm. 19, ab min. 14.08